

PRESSEMITTEILUNG

Starkes Bekenntnis zur Kultur: Bundesregierung plant 6,6% mehr Kulturausgaben für 2021

Im Kabinett der Bundesregierung wurde am heutigen Mittwoch der Entwurf für den Haushalt 2021 verabschiedet. Danach kann die Beauftragte für Kultur und Medien, Prof. Monika Grütters, für das kommende Jahr über insgesamt 1,94 Milliarden Euro verfügen. Das ist ein Aufwuchs von über 6,6% im Vergleich zum Vorjahr. Durch die zusätzlichen Mittel sollen Vorhaben gefördert werden, die Demokratieverständnis und historisches Urteilsvermögen stärken. Darüber hinaus werden die Zuschüsse der Deutschen Welle erheblich erhöht. Der Haushaltsentwurf für 2021 wird in den nächsten Schritten von Bundestag und Bundesrat diskutiert und verabschiedet.

Hierzu Prof. Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates: „Für das Kulturleben, das von der Coronakrise schwer geschädigt wurde und das auch 2021 noch unter den Auswirkungen leiden wird, ist der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das kommende Jahr ein zukunftsweisendes Signal. Die im kommenden Jahr verstärkt geförderten Institutionen des Kulturlebens sind wichtige Auftraggeber auch für solselbstständige Kreativschaffende. Der Deutsche Musikrat dankt Staatsministerin Prof. Monika Grütters für ihr beherztes und beharrliches Engagement, mit dem sie sich in diesen schwierigen Zeiten für das Kulturleben einsetzt, und hofft, dass Bundestag und Bundesrat das Bekenntnis der Bundesregierung zur Kultur unterstützen. Nun sind auch die Länder gefordert, mit einer freiwilligen Selbstverpflichtung für ihre Haushalte der Jahre 2021 bis 2023 die Kulturausgaben in mindestens der prozentualen Höhe von 2020 festzuschreiben und das Kulturleben damit vor krisenbedingten überproportionalen Kürzungen zu bewahren.“

Seit dem Amtsantritt von Monika Grütters als Kulturstaatsministerin im Jahr 2013 sind die Kulturausgaben des Bundes um 60% gestiegen. In einer [Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2021](#) betont Grütters die Rolle der Kultur als Fundament des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Berlin, 23. September 2020